



# GÖTTINGER BLÄTTER

01.2018

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

## ▶ Die Wähler\*innengemeinschaft Göttinger Linke wünscht viel Kraft und Geistesgegenwart für das Jahr 2018

Die Jahreswende wird überschattet von Ereignissen, die nur als Glieder einer sich fortsetzenden Kette staatsterroristischer Gewalttaten verstanden werden können, jedes einzelne zur Verdeckung der Extralegalität des jeweils vorhergehenden: Von der gezielten Falle am Rondenbarg während des G20-Gipfels am 7. Juli in Hamburg über die bundesweiten Raz-

zien vom 5. Dezember bis zum sippenhaftenden Zusammenschlagens eines Demonstrationsordners am 9. Dezember in Göttingen (<https://www.youtube.com/watch?v=cKQ6-6l1TBU>). Vergessen wir auch beim Feiern jetzt und nüchtern in den kommenden Jahren niemals: „Grundrechte sind kein abstrakter Kokolores“ (Heribert Prantl). *pst*

### Aus der Erklärung der DKP Göttingen vom 5. Dezember:

Wir gehen davon aus, dass die bundesweit durchgeführten Hausdurchsuchungen Teil einer weiteren Runde der Angriffe auf die sozialen und demokratischen Rechte der Bürgerinnen und Bürger sind. / Zu diesen Angriffen gehören die Verschärfungen des Strafgesetzbuches, die Einführung der Schutzhaft im CSU-regierten Bayern, die Einschränkung des Streikrechts und auch die weitere Einschränkung des Asylrechts. Proteste gegen Sozialabbau und Kapitalismus sollen im Keim erstickt werden. Der derzeitige gesellschaftliche Rechtsruck ist eine Verschärfung des Klassenkampfes durch die Herrschenden. Die DKP sieht die arbeitenden Menschen und ihre Organisationen im Bündnis mit anderen Kräften als jene Kraft, die den Rechtsruck und die Angriffe auf Demokratinnen und Demokraten stoppen können.

### Aus der Erklärung der Partei DIE LINKE (KV GÖ/OHA, OV GÖ), der GöLinke und der KPF Göttingen vom 8. Dezember:

Ziel der Durchsuchungen waren nach bisherigem Kenntnisstand Personen, deren Personalien bei den Protesten beim G20-Gipfel in Hamburg, besonders bei den Ereignissen am Rondenbarg aufgenommen worden waren. Vielleicht waren sogar speziell Personen Ziel dieser Aktionen, welche in der Zeit nach G20 Hamburg in den Medien zur Aufklärung über diese Ereignisse erkennbar als Augenzeugen ihr Gesicht gezeigt haben [...] Für uns stellen sich nun folgende Fragen:

*Wollen Polizei und Justiz mit den Hausdurchsuchungen vor allem die Personen, die sich an der öffentlichen, auch medialen, Aufklärung über potentielle Straftaten der Polizei beteiligt haben, einschüchtern, mitunter auch Kontrolle über potentiell die Polizei belastende Beweismittel bekommen? / Sind sich die Verantwortlichen in den Behörden bewusst, wie sehr Demokratie Schaden nimmt, wenn ausgerechnet die Personen, die couragiert sind und gegenüber den Medien als Augenzeugen aussagen, durch Hausdurchsuchungen betroffen sind, mit allen Folgen für ihr berufliches Umfeld und für ihre Privatsphäre? / Auf der anderen Seite kann man aber auch dankbar sein, dass die Polizei noch einmal darauf aufmerksam macht, dass die Zivilgesellschaft besonders beim Ereignis am Rondenbarg noch einmal ganz genau hinschauen sollte.*

### Aus der Erklärung der Partei DIE LINKE (KV GÖ/OHA, OV GÖ), der GöLinke, der KPF Göttingen und der DKP Göttingen vom 11. Dezember:

Die Unterzeichnenden stellen zu diesen Entwicklungen fest: „Die Göttinger Zivilgesellschaft wacht offenbar aufgrund der Angriffe gegen die Demokratie auf, die sich in den Vorgängen in Hamburg und durch willkürliche Hausdurchsuchungen in Göttingen zeigen. Viele hundert Personen aus den unterschiedlichsten Organisationen haben an der gestrigen Demonstration teilgenommen. Aber die Polizei hat die Zeichen der Zeit entweder nicht erkannt oder sie geht sogar bewusst den Weg der weiteren Terrorisierung vor allem der Menschen, die

### im Internet

[www.goettinger-blaetter.de](http://www.goettinger-blaetter.de)

### Kontakt

POST: Göttinger Blätter  
Lange Geismarstraße 2  
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen  
Telefon: 0551/67065

### Inhalt

GöLinke Neujahrsgrüße	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Europabüro	7
Die LINKE. Kreisverband	8
DIE LINKE. Kreisverband	9
GöLinke	10
GöLinke Ratsinfo	11
Verein Rotes Zentrum	12

### Redaktionsschluss

für die Ausgabe 02.2018  
ist der 20. Januar.  
Auslieferung am 26. Januar.

durch wirkungsvolle, auch im Fernsehen wahrnehmbare Aufklärung in Erscheinung treten. Viele der von den Hausdurchsuchungen betroffenen Menschen hatten in den vergangenen Monaten ihren Beitrag zu der beginnenden Aufklärung über offenbar schon im Vorfeld von G20 in Hamburg geplante Inszenierungen durch Politik, Medien, Polizei und Justiz beigetragen. Wird die Tendenz von Angriffen auf diese Menschen nicht gestoppt und rückgängig gemacht, so endet sie in Verhältnissen, die mit einem von der herrschenden Klasse gern viel und fehl benutzten Begriff zu bezeichnen sind: ‚Unrechtsstaat‘. [...] Die unterzeichnenden Organisationen fordern abschließend: Damit die Entwicklungen nicht weiter aus dem Ruder laufen, muss dringend eine Kennzeichnungspflicht der Polizei eingeführt werden. Denn so kann in Zukunft Aufklärungsdruck entstehen, ob es sich um Handlungen einzelner Beamter aus eigener Motivation heraus handelt, oder ob man es mit einer Einsatzstrategie durch die Führung der Polizei zu tun hat. Ein Gesetz zur Kennzeichnungspflicht kann jede Landesregierung erlassen.



# Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: [www.goettingen.vvn-bda.de](http://www.goettingen.vvn-bda.de) • Email: [vvn-goettingen@secarts.org](mailto:vvn-goettingen@secarts.org)

## VERANSTALTUNGSHINWEISE

**Mo., 15. Jan., 19:30 h**

**Kino Lumière, Geismar Landstr. 19**

**#uploading\_holocaust**

**Eine Filmvorführung mit Vortrag und  
Diskussion**

Veranstaltet von der Gruppe f\_act — feminist action

Der Dokumentarfilm #uploading\_holocaust zeigt das von israelischen Jugendlichen selbstgedrehte Filmmaterial ihrer „Reise nach Polen“, einer alljährlichen Gedenkstättenfahrt in ehemalige Konzentrationslager. Ohne das Material zu kommentieren, stellt der Film die Fragen: „Wie geht erinnern heute?“ und „Findet durch die Fahrten eine ‚Retraumatisierung‘ des israelischen Volkes statt? Wie kann so das Vergangene ‚bewältigt‘ werden?“ Der Politikwissenschaftler und Antisemitismusforscher Marc Schwietring wird diesen und weiteren Fragen deutscher und israelischer Erinnerungskultur in einem anschließenden Vortrag nachgehen.

**Do., 18. Jan., 19:00 h**

**Holbornsches Haus, Rote Straße 34**

**Die Ordnungspolizei — ihre Verbrechen in Italien (1943 bis 1945) und an anderen Orten**

Vortrag und Diskussion

Veranstaltet von NS-Familien-Geschichte: hinterfragen – erforschen – aufklären e.V.

**Fr., 19. Jan., 15:00 h**

**KZ-Gedenkstätte Moringen, Lange Straße 58, Moringen**

**Führung zum Frauen KZ Moringen von  
Annegrit Berghoff**

Informationen und Anmeldung: Tel. 05554/25 20, [info@gedenkstaette-moringen.de](mailto:info@gedenkstaette-moringen.de)

Veranstaltet von der KZ-Gedenkstätte Moringen

**Sa., 20. Jan., 9:00-16:00 h**

**Ausstellung „Auf der Spur europäischer  
Zwangsarbeit. Südniedersachsen 1939-  
1945“ in der BBS II, Godehardstraße 11  
Zwangsarbeit im Nationalsozialismus  
— eine Spurensuche**

Ein Workshop mit Petra Zeyen (Geschichtswerkstatt Göttingen) und Roland Zeyen (Geschichtswerkstatt Duderstadt)

Veranstaltet von der Geschichtswerkstatt Göttingen und der Dauerausstellung „Auf der Spur europäischer Zwangsarbeit Südniedersachsen 1939 – 1945“

Das Projekt ist für Jugendliche zwischen 15 und 18 Jahre konzipiert und lässt viel Raum für selbstständiges Arbeiten. Der Workshop ist kostenlos, um eine Spende wird gebeten. Voranmeldung: [info@zwangsarbeit-in-niedersachsen.eu](mailto:info@zwangsarbeit-in-niedersachsen.eu) oder 0551/50 76 45 54

**So., 21. Jan., 16:00 h**

**Begegnungsstätte Löwenstein, Rote Str. 28**

**„Stimmen der 53“**

Lesung aus Erinnerungen und wissenschaftlichen Werken, der 1933 von der Universität vertriebenen Professoren und Dozenten mit Hinrich Lange  
Veranstaltet vom Jüdischen Lehrhaus Göttingen e.V.

**Mi., 24. Jan., 19:00 h**

**Café Kollektiv Kabale, Geismar Landstr. 19  
Decolonizing Auschwitz? Über postkoloniale Ansätze in der Holocaustforschung**

Ein Vortrag mit Steffen Klävers

Veranstaltet von der Gruppe f\_act — feminist action

**Sa., 27. Jan., 19:30 h**

**Altes Rathaus, Markt 9**

**Diskriminierung, Verfolgung, Ermordung. Der nationalsozialistische Genozid an den Sinti und Roma**

Vortrag — Gespräch — Ausstellung  
Veranstaltet vom Bündnis zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus in Kooperation mit dem Roma-Center Göttingen

Bis zu 500.000 Sinti und Roma wurden während des Nationalsozialismus ermordet. Auch heute noch haben Sinti und Roma mit Diskriminierung und Ausgrenzung zu kämpfen. Wir berichten über Sinti im Jugend-KZ Moringen und ihre Deportation nach Auschwitz, über Antiziganismus und Rassismus, Bürgerrechtsarbeit und die

Kämpfe um Anerkennung und Bleiberecht der Gegenwart. Es sprechen u.a. Kenan Emini (Roma-Center Göttingen) und Dr. Dietmar Sedlaczek (KZ-Gedenkstätte Moringen).

Eine begleitende Ausstellung des Roma Antidiscrimination Networks (Roma-Center Göttingen) zeigt die Bleiberechtskämpfe von Roma in Deutschland und die Lage abgeschobener Roma in den Ländern Ex-Jugoslawiens.

**So., 28. Jan., 17:00 h**

**St. Johannis, Johanniskirchhof 2**

**Konzert zum Gedenken an die Opfer  
des Nationalsozialismus mit Friedens-  
und Antikriegslyrik**

Veranstaltet von der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Göttingen e.V. durch Chöre von und unter Leitung von Michael Krause.

**Mo., 29. Jan., 18:00 h**

**Evangelisch-Reformierte Gemeinde,  
Untere Karspüle 1**

**„Mod Helmy — Wie ein arabischer  
Arzt in Berlin Juden vor der Gestapo  
rettete“**

Eine Lesung mit Igal Avidan

Veranstaltet von der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit e.V. in Kooperation mit der Evangelischen Stadtakademie und der Ausstellung „Gesichter der Religionen“ der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers.

**Di., 30. Jan., 15:00 h**

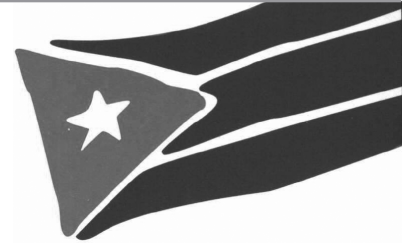
**Treffpunkt: Schranke Goßlerstraße /  
Ecke Käte-Hamburger-Weg**

**Medizin in Göttingen im Nationalsozialismus — Zwangsarbeitende als Personal und Patienten des alten Universitätsklinikums**

Ein Stadteilrundgang über das Gelände des alten Universitätsklinikums zwischen Goßlerstraße und Humboldtallee mit Frauke Klinge und Cornelia Krapp von der Geschichtswerkstatt Göttingen  
Veranstaltet von der Geschichtswerkstatt Göttingen

# Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen  
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de



unser Kooperations-  
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer  
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

## Mitgliederversammlung

**Dienstag, den 09. Januar, 20:00 Uhr** Berliner Hof

## ▶ Erklärung des kubanischen Außenministeriums zur Anerkennung der Stadt Jerusalem als Hauptstadt Israels durch die Vereinigten Staaten

Das Außenministerium der Republik Kuba drückt seine tiefe Besorgnis über die einseitige Erklärung der Stadt Jerusalem als Hauptstadt Israels durch den Präsidenten der Vereinigten Staaten aus und lehnt diese ab. Sie stellt einen schwerwiegenden und eklatanten Verstoß gegen die Charta der Vereinten Nationen, das Völkerrecht und die einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen dar.

Das Außenministerium der Republik Kuba drückt seine tiefe Besorgnis über die einseitige Erklärung der Stadt Jerusalem als Hauptstadt Israels durch den Präsidenten der Vereinigten Staaten aus und lehnt diese ab. Sie stellt einen schwerwiegenden und eklatanten Verstoß gegen die Charta der Vereinten Nationen, das Völkerrecht und die einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen dar.

Diese Absicht der Regierung der Vereinigten Staaten, den historischen Status Jerusalems zu ändern, verletzt die legitimen Interessen des palästinensischen Volkes und der arabischen und islamischen Nationen, wird schwerwiegende

Folgen für die Stabilität und Sicherheit im Nahen Osten haben, die Spannungen in diese Region weiter verschärfen und jegliche Bemühungen zur Wiederaufnahme von Friedensgesprächen zwischen Israel und Palästinensern verhindern.

Kuba fordert den Sicherheitsrat auf, die ihm durch die UN-Charta übertragene Verantwortung für die Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit wahrzunehmen, die notwendigen Entscheidungen zu treffen und von Israel ein sofortiges Ende der Besetzung der palästinensischen Gebiete und der aggressive Politik und Kolonisierungspraktiken sowie

die Einhaltung der von diesem Gremium verabschiedeten Resolutionen zur Lage im Nahen Osten, einschließlich der palästinensischen Frage, zu fordern.

Das Außenministerium ratifiziert, dass Kuba weiterhin eine umfassende, gerechte und dauerhafte Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts unterstützen wird, basierend auf einer Zwei-Staaten-Lösung, die den Palästinensern das Recht auf Selbstbestimmung und auf einen unabhängigen und souveränen Staat mit seiner Hauptstadt in Ostjerusalem und den Grenzen von vor 1967 gewährt.

6. Dezember 2017

## ▶ Alaska Airlines stellt Flüge nach Cuba ein

Die US-Fluggesellschaft Alaska Airlines kündigte an, dass sie ab Januar 2018 ihre Flüge nach Cuba einstellen werde. Dies sei eine direkte Folge der neuen Maßnahmen, die die Regierung von Donald Trump gegen Cuba erlassen habe.

Die im Staat Washington ansässige Airline führte bis jetzt täglich Flüge von Los Angeles nach Havanna durch, ihr letzter Flug wird nun am 22. Januar erfolgen. 80 % derjenigen, die mit Alaska Airlines Cuba besuchten, taten dies unter der Kategorie individuelle Bildungsreisen „people to people“, die durch die neuen Regulierungen der US-Regierung fortfällt.

(cubadebate)

## ▶ Wegwerfwindeln aus eigener Herstellung

Bevor das Jahr (2017) zu Ende geht, wird in der Sonderentwicklungszone Mariel (ZEDM) mit der Einrichtung einer Fabrik zur Herstellung von Wegwerfwindeln und Damenbinden der vietnamesischen Gesellschaft Thai Binh Investment Trading Corp. begonnen.

Es handelt sich dabei um eine Investition von 9 Mio. Dollar. Die Fabrik wird jährlich 210 Mio. Packungen mit Windeln herstellen und damit die Nachfrage in Cuba und anderen Ländern der Region befriedigen.

Die Fabrik wird nach internationalen Standards gebaut und Windeln für Neugeborene liefern, aber auch in Größen für Heranwachsende, Erwachsene und Senioren

(ACN)



Die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, Göttingen, plant eine Reise nach Cuba v. 22. November bis zum 9. Dezember: Von Havanna über Santa Clara, Cienfuegos, Trinidad, Camagüey, Bayamo nach Santiago. Mit Besuchen, Besichtigungen, Gesprächen, Veranstaltungen, Badetagen. Eine konkretere Information erfolgt am 22. November, 19.00 Uhr. Interessenten melden sich unter goettingen@fgbrdkuba.de

# Deutsche Kommunistische Partei

## Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, dkpgoettingende.wordpress.com , goettingen@dkp-niedersachsen.de

## ▶ Parteiwahlen im Kreis und in Niedersachsen

In Göttingen fand am 27. Oktober die jährliche Kreismitgliederversammlung statt: Neben dem Rechenschafts- und Revisionsbericht, über die intensiv diskutiert wurde, ist auch ein Arbeitsplan für das Jahr 2018 verabschiedet worden. Mittelpunkt des Arbeitsplanes ist die aktive Mitarbeit in der WählerInnengemeinschaft Göttinger Linke, in deren SprecherInnenkreis Stephan W. mitarbeitet. Darüber hinaus wurde ein neuer SprecherInnenkreis gewählt, wobei Hendrik F., Toto L. und Gunnar S. bestätigt wurden. Stephan Wolff kandidierte nicht mehr, für ihn wurde Karin B. in das Gremium gewählt. Als Delegierter zum Parteitag der DKP am 3./4. März 2018 setzte sich Gunnar Siebecke in der geheimen Abstimmung durch.

Die Bezirksdelegiertenkonferenz der DKP in Niedersachsen, an der sieben Delegierte aus Göttingen teilnahmen, fand am 9. Dezember in Hannover statt.

Auch hier wurde zu den entsprechenden Berichten sowie über den Vorschlag für einen Handlungsrahmen intensiv diskutiert. Die Neuwahlen zum Bezirksvorstand bestätigten mit relativ knapper Mehrheit die bisherigen Vorsitzenden: Werner Hensel aus Braunschweig, Inge Scharna aus Hannover und Achim Bigus aus Osnabrück. Aus Göttingen wurden Karin B., Ruth K., Toto L. und Gunnar S., der anschließend vom neuen Bezirksvorstand als Kassierer wiedergewählt wurde, bestätigt.

Die derzeitigen inhaltlichen Auseinandersetzungen prägten natürlich auf beiden Konferenzen die Diskussion, in denen auch gegenseitige Vorwürfe formuliert wurden. Deutlich wurde aber auch auf beiden Konferenzen, dass bei klar definierter Zielsetzung eine Zusammenarbeit nicht nur möglich ist sondern auch – natürlich in bescheidenem Maße – erfolgreich sein kann. (gs)

## ▶ Tarifrunde 2017/2018

Im kommenden Jahr werden die Einzelgewerkschaften des DGB für über 9 Millionen Lohnabhängige die Tarife neu verhandeln. Dazu kommen über 3 Millionen Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie, die bereits seit Dezember im Tarifikampf stehen. Im laufenden Tarifikampf der Metall- und Elektroindustrie fordern die Kollegen mit der IG Metall eine Lohnerhöhung von 6,5% und eine lediglich auf zwei Jahre beschränkte Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich für Menschen mit Kinder und pflegebedürftigen Verwandten. Die Antwort der Kapitaleseite ist bockig nach dem Motto „Mehr Geld fürs Nichtstun wird es mit uns nicht geben“. Dabei sind die Forderungen der IG Metall zwar nicht weitgehend, denn hier geht es nicht um eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung mit Personal- und Lohnausgleich, wie wir fordern. Aber dennoch ist diese Forderung unterstützenswert, denn sie

eröffnet möglicherweise die Tür über eine gewerkschaftlich-betriebliche Debatte um eine gesamtgesellschaftliche Arbeitszeitverkürzung. Auch die Forderung nach einer Lohnerhöhung um 6,5% wird von der Kapitaleseite mit lächerlichen 2% Lohnerhöhung für 12 Monate ab April und von Januar bis März eine Einmal-Zahlung über 200 € beantwortet. Dies auch noch verbunden mit der zur Forderung der IG Metall entgegengesetzten Verlangen nach einer Vereinbarung einer bedarfsorientierten Ausweitung des Arbeitszeitvolumens und eine Gesamtlaufzeit von 15 Monaten.

Für das Jahr 2018 gibt es drei interessante Tarifrunden; Zuerst bei den Post-AG ( 100 000 Beschäftigten) und bei den Telekom (64 000 Beschäftigte) in Januar. Hier gab es bis Redaktionsschluss noch keine Forderungen. In Februar werden wir in Göttingen sicherlich mitbekommen, wenn die Kolleginnen und Kollegen im

### Mitgliederversammlungen/ Termine/Veranstaltungen

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden bei **Arbeit und Leben, Lange Geismarstr. 72**, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

#### MV Dienstag, 16. Januar, 20:00 Uhr

Gewerkschaftsarbeit der DKP Göttingen - Schwerpunkt Verdi (Referent: NN)

#### MV Dienstag, 30. Januar, 20:00 Uhr

Organisationspolitischen Antrag des PV (Referent: Gunnar)

**Die DKP-Treffen finden jetzt jeden ersten und dritten Dienstag im Monat statt (ggf. auch den fünften).**



TvöD - Bund und Kommune für ihre Forderungen auf die Straße gehen und gegebenenfalls streiken. In Göttingen werden also Einrichtungen wie der kommunalen Kindergärten, Entsorgung, Verkehrsbetriebe und andere von der Tarifrunde betroffen sein, unsere kommunalen Mandatsträger (in der Göttinger Linken) werden sicherlich ihre Solidarität erklären und die kämpferische Gewerkschaftsaktiven ebenfalls. Medial müssen wir uns im September wieder auf große Hetze gegen die Kolleginnen und Kollegen bei der Deutschen Bahn AG (134 000 Beschäftigte) einstellen und im Dezember wird dann die Tarifrunde TvöD - Länder (900 000 Beschäftigte) stattfinden. Inwieweit dort das heiße Thema nach Personalbemessung in Krankenhäuser eine Rolle spielen wird, bleibt also spannend für gewerkschaftsaktive Kolleginnen und Kollegen.

# GROBIAN Gröner Bürgerinitiative Antifaschismus

- ☛ Kontakt unter 0551-9004939 (Hendrik)
- ☛ mail: grobian-grone@web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags, Ort bitte vorher erfragen



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer  
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

## ▶ Sanierungskosten gehen auf die Miete: 140 Euro\* Mieterhöhung Adler Real Estate: Wir erwarten eine Mietsteigerung um etwa 2 Euro / qm



**Eine beeindruckende Veranstaltung am 23. November: Über 60 Menschen folgten der Einladung des Vereins „In Grone“:**

### Grone ist Spitze!

Dr. Michael Miessner stellte seine Studie zur realen Mietsituation in Göttingen vor. Grone ist Spitze - zumindest bei der Steigerung der Angebotsmieten innerhalb der vergangenen Jahre!

### Mieterhöhungen sind nicht gottgewollt!

Cornelius Blessin machte deutlich, dass es zumindest ein paar Möglichkeiten gibt, die zu erwartenden Mieterhö-

hungen herauszuzögern oder abzuschwächen.

Hendrik Falkenberg stellte die dem Ortsrat bekannten Fakten dar, was die Adler AG nun wirklich plant.

### Ich kann das nicht mehr bezahlen

Und Bärbel Safieh machte als betroffene Mieterin und Aktivistin bei GROBIAN deutlich, dass sie die angekündigte Mieterhöhung nicht mehr bezahlen könne.

### 2 Euro mehr pro qm

Spannend war, dass sich Vertreter der Adler AG zu der Veranstaltung kamen, wohl um möglichen Anfängen einer Gegenwehr gegen die Sanierung auf

Kosten der Mieter entgegenwirken zu können.

Sie machten deutlich, dass sie eine - im Durchschnitt - etwa zwei Euro pro Quadratmeter höhere Mieten erwarten. Das bedeutet bei einer Wohnung, die 70 qm hat, eine Mieterhöhung um 140 Euro.

### Gegenwehr ist angesagt!

Die MieterInnen machten ihrer Empörung Luft und immer wieder wurde der Ruf nach gemeinsamen Diskussionen und Aktionen laut. Wichtigste Anregung war, dass die Folgen einer Mieterhöhung durch die Adler AG eine gesellschaftliche Frage ist. Dass sich die Kommune diesen Fragen anzunehmen hat und die Mieter nicht allein lassen darf.

### Wohnen darf nicht für Profit missbraucht werden!

Auch die Feststellung, dass Wohnraum nicht in die Hände profitorientierter Gesellschaften gehört sondern kommunal, genossenschaftlich oder gemeinnützig zu realisieren ist, wurde häufiger geäußert.

Nun machen wir weiter: Lasst uns treffen und gemeinsam überlegen, welche Maßnahmen jetzt getroffen werden können, um die Pläne der Adler AG zu durchkreuzen. (gusi)

(\* Bei 70 qm Wohnfläche und 2 Euro/qm Mietsteigerung)



Z.B. Süntelweg: heute: 370 Euro, nach der Sanierung: 510 Euro ?

# DIE LINKE.

[www.die-linke-goettingen.de](http://www.die-linke-goettingen.de)

## Kreismitgliederversammlung

Kein Termin im Januar!

## LINKER Stammtisch

Dienstag, 16. Januar, 20 Uhr in der Hafenbar Kadenz

## Termine der Ortsverbände

### OV Göttingen Mitgliederversammlung

Mittwoch, dem 24. Januar 2018, 19:00 Uhr, Saal der Roten Hilfe mit Pia Zimmermann, MdB, Thema: Gesundheit ist keine Ware - Gute Pflege und Gesundheitsversorgung ist möglich für alle!

### OV Altkreis-Osterode Mitgliederversammlung

Termin bitte bei Ilyas Cangöz erfragen.

### OV Dransfeld Mitgliederversammlung:

Mittwoch, 10. Januar, 18 Uhr, Tulpenweg 2 a, Keller, Dransfeld.

### OV Rosdorf Mitgliederversammlung

Mittwoch, 24. Januar, 19.30 Uhr, Steinflurweg 21, Rosdorf bei Stine Rummel-Strebelow

## Strömungen

### Ökologische Plattform Treffen

Freitag, 12. Januar, 19 Uhr im (neuen) Kreisverbandsbüro, Bürgerstr. 26, Göttingen

### Treffen Rosa-Luxemburg-Club Göttingen:

Dienstag, 09. Januar, 17.30 Uhr im Cafe Inti, Burgstr. 17, Göttingen  
Schwerpunkt: Erste Veranstaltungen 2018

### Veranstaltungen Rosa-Luxemburg-Club Göttingen:

### Von Corbyn und Sanders lernen? Möglichkeiten und Grenzen des Linkspopulismus

Mittwoch, 7. Februar, 19 Uhr im Holbornschen Haus, Rote Str. 34, Göttingen mit Dr. Thomas Goes, Sozialwissenschaftler, Göttingen



## KV Göttingen/Osterode

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen  
Tel.: (0551) 49 56 66 80  
[kreisverband@die-linke-goettingen.de](mailto:kreisverband@die-linke-goettingen.de)

### Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: [kreisverband@die-linke-goettingen.de](mailto:kreisverband@die-linke-goettingen.de)

### Jugendverband [;solid]:

Sinan Özen,  
E-Mail: [linksjugend-goettingen@web.de](mailto:linksjugend-goettingen@web.de)

### Ortsverbände:

#### OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:  
[ortsverband@dielinke-goettingen.de](mailto:ortsverband@dielinke-goettingen.de)

#### OV Rosdorf

Stine Rummel-Strebelow  
Tel. 0551/49269269 und 01577/5895059  
[rosdorf@dielinke-goettingen.de](mailto:rosdorf@dielinke-goettingen.de)

#### OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,  
[bovenden@dielinke-goettingen.de](mailto:bovenden@dielinke-goettingen.de)

#### OV Altkreis Osterode

Elyas Cangöz  
[kreis.osterode@die-linke-goettingen.de](mailto:kreis.osterode@die-linke-goettingen.de)

#### OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,  
37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,  
[dransfeld@dielinke-goettingen.de](mailto:dransfeld@dielinke-goettingen.de)

### Zusammenschlüsse:

#### Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973  
Festnetz: 0551-40137061  
[eckhardfascher@web.de](mailto:eckhardfascher@web.de)

#### Antikapitalistische Linke

Edgar Schu, Tel. 0551-20190386  
[edgar.schu@goettinger-linke.de](mailto:edgar.schu@goettinger-linke.de)

#### AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,  
Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,  
E-Mail: [ag-gb@dielinke-goettingen.de](mailto:ag-gb@dielinke-goettingen.de)

#### AG Frauen

Britta Schmerling, Tel. 0551-486538

#### Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer  
E-Mail: [SL-Goettingen@web.de](mailto:SL-Goettingen@web.de)

#### Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,  
E-Mail: [walter.noobsch.kpf@gmx.de](mailto:walter.noobsch.kpf@gmx.de)

#### AG Antifa:

[ag-antifa@die-linke-goettingen.de](mailto:ag-antifa@die-linke-goettingen.de)

#### Hochschulgruppe SDS: Katja Sonntag,

E-Mail: [katja.sonntag@die-linke-goettingen.de](mailto:katja.sonntag@die-linke-goettingen.de)

### Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Eckhard Fascher,  
E-Mail: [rlc-goettingen@rls-nds.de](mailto:rlc-goettingen@rls-nds.de)  
<http://nds.rosalux.de/> und bei facebook.

### Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Göttingen  
IBAN:DE39 2609 0050 3401 5108 00  
BIC: GENODEF1GOE

# DIE LINKE.

im Europaparlament

Sabine Lösing, MdEP

Neue Broschüre:

## ▶ Europas ertüchtigende Entwicklungshilfe

In Zusammenarbeit mit Jürgen Wagner von Informationsstelle Militarisation ist jetzt die 14. Ausgabe aus der Reihe „Informationen zu Politik und Gesellschaft“ erschienen. Sie kann ab sofort kostenlos im Europabüro in Hannover unter [hannover@sabine-loesing.de](mailto:hannover@sabine-loesing.de) bestellt werden.

Im Juni 2017 veröffentlichte die EU-Kommission ein sogenanntes „Reflexionspapier über die Zukunft der europäischen Verteidigung“. Darin entwarf sie drei mögliche Szenarien einer EU-Militärpolitik im Jahr 2025. Die von der Kommission präferierte „anspruchsvollste“ Variante wurde in dem Papier folgendermaßen beschrieben: „Die EU wäre in der Lage, anspruchsvollste Operationen zum besseren Schutz Europas durchzuführen [...]. Die zunehmende Handlungsfähigkeit auf EU-Ebene würde sich auf eine verstärkte Integration der Verteidigungskräfte der Mitgliedstaaten stützen. [...] Diese Verteidigungskräfte würden vorausstationiert werden und stünden permanent zum raschen Einsatz im Namen der Union zur Verfügung. [...] Der Europäische Rat könnte prüfen, wie die derzeitigen Beschränkungen für die gemeinsame

Finanzierung von militärischen Aspekten der EU im Zuge der Fortschritte auf dem Weg zu einer gemeinsamen Verteidigung überwunden werden können.“

Solche ambitionierten Pläne kosten natürlich reichlich Geld, was die Politik besonders angesichts einer Bevölkerung, die keineswegs große Begeisterung für steigende nationale Militärhaushalte an den Tag legt, vor diverse Probleme stellt. Vor diesem Hintergrund erklärt sich das Bestreben, bei der Rüstungsfinanzierung zunehmend auf EU-Töpfe zu schielen. Allerdings ist die Finanzierung militärischer Tätigkeiten aus dem EU-Haushalt eigentlich durch den gültigen Vertrag von Lissabon untersagt. Aus diesem Grund versuchen Politiker und Militärs zunehmend sich „fachfremd“ zu bedienen – aus Töpfen zur Wettbewerbsförderung und zur Entwicklungshilfe.

So veröffentlichte die Kommission im Juni 2017 einen Vorschlag zur Einrichtung eines „EU-Verteidigungsfonds“, der im nächsten EU-Haushalt insgesamt 38,5 Mrd. Euro für Forschung und Beschaffung im Militärbereich umfassen soll. In einer etwas abgespeckten Fassung soll der Fonds unter dem Titel „Europäisches Programm zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich“ bereits 2019 an den Start gehen. Obwohl mehr oder weniger offen gesagt wird, die Gelder seien erforderlich, um mehr militärische Schlagkraft generieren zu können, argumentiert die Kommission gleichzeitig, der Rüstungsfonds sei rechters, nachdem er primär die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der EU-Rüstungsindustrie im Sinn habe.

Fast noch dreister ist die offene Zweckentfremdung von Entwicklungshilfegeldern, die eigentlich der Armutsbekämpfung dienen sollten, aber ebenfalls immer stärker zur Finanzierung sogenannter Ertüchtigungsmaßnahmen zur Aufrüstung und Aufrüstung lokaler Akteure herangezogen werden. Auch hier erlebte das Jahr 2017 zwei unrühmliche Höhepunkte: Im Sommer beschloss die EU, den Aufbau einer militärischen Sahel-Truppe durch fünf Staaten der Region mit 50 Millionen aus Entwicklungshilfetöpfen zu unterstützen. Im September 2017 stimmte dann das Europäische Parlament auch noch mehrheitlich einem Kommissionsvorschlag zu, der es ermöglicht, das zum Entwicklungsbereich gehörende „Instrument für Stabilität und Frieden“ ebenfalls für die Finanzierung militärischer Ertüchtigung zu öffnen.

Wie die Broschüre herausarbeitet, handelt es sich bei diesen Schlaglichtern leider nur um die Spitze des Eisberges. Sie sind das Ergebnis eines außenpolitischen Leitbildes, des sogenannten „Comprehensive Approach“. Er führt zu einer Unterordnung ziviler Akteure, die systematisch vor den Karren militärischer Interessensdurchsetzung gespannt werden.

Die Einzelstaaten geben jährlich bereits über 200 Milliarden für ihr Militär aus. Hinzu sollen künftig die Gelder des EU-Verteidigungsfonds kommen – und jetzt werden auch noch immer dreister Gelder aus der Entwicklungshilfe abgezogen. Das alles sind Mittel, die für andere, weit sinnvollere Zwecke, nicht mehr zur Verfügung stehen. Was wir deshalb benötigen, ist ein konsequentes Konversionsprogramm, also die Umstellung der Rüstungswirtschaft auf die Herstellung ziviler Produkte. Die hierdurch frei werdenden Gelder sollten dann in die nationale und internationale Beseitigung von Armut investiert werden, statt unter welchem Banner auch immer, die Militarisierung der Europäischen Union immer weiter voranzutreiben.

Europabüro  
Göttingen

Lange Geismarstraße 2  
37073 Göttingen  
tel 05 51- 507 66 823  
fax 05 51- 507 66 838  
[europabuero-loesing@web.de](mailto:europabuero-loesing@web.de)  
[www.sabine-loesing.de](http://www.sabine-loesing.de)

Nr. 14, November 2017

Jürgen Wagner

### Europas ertüchtigende Entwicklungshilfe

Militärische Kontrollstrategie auf Kosten der Armutsbekämpfung



Verbinde Europäische Linke - Nordische Grüne Linke  
Hannover: [www.gue/ngl.de](http://www.gue/ngl.de)  
**GUE/NGL**  
[www.gue/ngl.de](http://www.gue/ngl.de)

Informationen zu Politik und Gesellschaft  
Nachrichten, Berichte und Analysen aus dem Europäischen Parlament. Herausgegeben von Sabine Lösing, MdEP.

## ► Ökologische Plattform wieder da

Am 8. Dezember hat sich die Ökologische Plattform (ÖPF) unseres Kreisverbandes neu konstituiert. Die ÖPF Göttingen wird sich vor allem mit dem sozialökologischen Umbau beschäftigen. Hier soll eine Bestandsaufnahme aller Organisationen erfolgen, die zu entsprechenden Themen arbeiten, um sich besser vernetzen zu können. Weitere Themen sind die Kreislaufwirtschaft, ökologische Landwirtschaft und Verkehrspolitik.

Die ÖPF versteht sich nicht als thematischer Arbeitskreis, sondern als Strömung der LINKEN. Sie existiert seit 1994, ursprünglich als Strömung der damaligen PDS, und verfügt über Arbeitsgruppen in den meisten Bundesländern, darunter auch in Niedersachsen. Auch wenn sich die ÖPF naturgemäß schwerpunktmäßig mit ökologischen Themen beschäftigt, geht ihr Verständ-

nis weit darüber hinaus. So bekennt sie sich zum Ökologischen Sozialismus als Alternative zur wachstumsorientierten kapitalistischen Marktgesellschaft. Ziel ist ein sozialökologischer Umbau hin zu einer Kreislaufwirtschaft. Dies ist innerhalb der bestehenden Strukturen nicht umsetzbar.

Als solche setzt sie auch Traditionen von Teilen der Grünen der achtziger Jahre fort, bevor diese nach 1990 komplett im kapitalistischen Mainstream aufgegangen sind.

Innerhalb der Partei DIE LINKE stößt dies auf positiven Widerhall: Während sich die Gesamtpartei spätestens im 2011 beschlossenen aktuellen Parteiprogramm eindeutig zum sozialökologischen Umbau bekennt und diesen im Gegensatz zur kapitalistischen Produktionsweise sieht (Programm Partei DIE LINKE, 2011, S. 45 f.), hatte es in den Programmatischen Eckpunkten zur

Gründung der Partei 2007 hierzu keine Aussage gegeben. Im Parteiprogramm der PDS von 2003 findet sich hingegen noch ein Bekenntnis zum wirtschaftlichen Wachstum.

Im Jahr 2012 hat die Bundestagsfraktion als Projekt des sozialökologischen Umbaus den „Plan B“ entwickelt, mit Leitprojekten zu Energie, Industrie, Mobilität und Landwirtschaft. Hier konnten sich einzelne Bürgerinnen und Bürger mit Ideen beteiligen, die bei einer Konferenz im Oktober 2012 zusammengetragen und ausgewertet wurden. PLAN B macht deutlich, dass die klassischen linken Forderungen – mehr Gerechtigkeit, mehr Gleichheit – unabdingbar zum ökologischen Umbau gehören“. Deshalb kann der ökologische Umbau nur dann gelingen, wenn er durchgehend als soziales und demokratisches Erneuerungsprojekt angelegt ist. (Infos: [www.plan-b-mitmachen.de](http://www.plan-b-mitmachen.de))

Das Soziale und das Ökologische gehören zusammen. Mitmachen lohnt sich! Der nächste Termin ist am Freitag, 12. Januar, 19 Uhr im (neuen) Kreisverbandsbüro, Bürgerstr. 26, Göttingen.

Netzseite der Ökologischen Plattform: [www.oekologische-plattform.de](http://www.oekologische-plattform.de)

Presseerklärung der Kreistagsgruppe vom 11.12.2017

### Gutachten wird wohl erneut vom Gericht beanstandet

## ► Kosten der Unterkunft – Das Trauerspiel geht weiter

Das Trauerspiel um die Kosten der Unterkunft geht weiter. Nachdem erst im August im Sozialausschuss der zuständige Dezernent Marcel Riethig stolz ein neues Gutachten zur Erstattung der Mietkosten für Sozialhilfe/Hartz-IV-Empfänger präsentiert hatte, kommt jetzt schon das Eingeständnis: Riethig rechnet gegenüber dem Göttinger Tageblatt damit, dass auch dieses Gutachten „erstinstanzlich“ keinen Bestand haben wird.

Gruppenvorsitzender Dr. Eckhard Fascher: „Dies ist ein Offenbarungseid. Der Landkreis selbst glaubt nach den beiden letzten gescheiterten Gutachten aus den Jahren 2009 und 2013 selbst nicht

mehr daran, dass ein rechtssicheres Konzept erstellt werden kann. Warum werden hier Ressourcen, Zeit und Mittel für neue Gutachten vergeudet? Warum nimmt man in Kauf, dass wegen fehlerhafter Gutachten Betroffene, die mit jedem Cent rechnen müssen, zu wenig Miete erstattet bekommen und registriert dann achselzuckend, dass die Gutachten erfolgreich angefochten werden? Statt immer wieder neue unschlüssige Konzepte als schlüssig zu verkaufen, sollte der Landkreis die Wohngeldtabelle mit einem Sicherheitsaufschlag anwenden, wie es etwa die Hälfte aller Optionskommunen tun und wie es unsere Gruppe seit längerem fordert.“

## ► Neue Landesregierung plant Angriff auf kleine Kommunalfraktionen

Im Koalitionsvertrag der niedersächsischen SPD/CDU-Koalition ist vereinbart worden, die Mindestgröße von Fraktionen in der niedersächsischen Kommunalverfassung für die nächste Wahlperiode von bisher zwei auf drei zu erhöhen, was für sämtliche Kommunalparlamente gelten würde.

Würde dies so umgesetzt, würden bisherige Zweier-Fraktionen das Recht auf Fraktionsmittel, Bürostellen und das Rederecht in den Ausschüssen verlieren. Eine Partei mit zwei Mandatsträgern wäre somit nicht mehr arbeitsfähig und wirkungslos. Bei ähnlichen Ergebnissen wie bisher würde dies nach 2021 eine Vielzahl von bisherigen LINKEN -Fraktionen treffen. Auch die Linksfraktion im Göttinger Kreistag hatte zwischen 2006 und 2016 lediglich über zwei Mandatsträger verfügt.

Von Seiten des Landesvorstandes wurden diese Pläne als „schäbiger Angriff auf die Demokratie“ verurteilt.



Pressekonferenz der Kreistagsgruppe:

### 🎯 Rückblick und Ausblick

Seit vierzehn Monaten existiert die Kreistagsgruppe LINKE/PIRATEN/PARTEI. Faktisch läuft die Arbeit ziemlich reibungslos, wirkliche inhaltliche Konflikte treten nicht auf. Dabei wurde einerseits nahtlos an die Arbeit der LINKEN Kreistagsfraktion in den letzten beiden Wahlperioden angeknüpft, andererseits aber auch neue zusätzliche Schwerpunkte gesetzt. Zeit, Bilanz zu ziehen und mit einem Ausblick auf das kommende Jahr auf einer Pressekonferenz vor die Presse zu treten.

**Dauerbrenner** sind beispielsweise:

- Die Durchsetzung von mehr IGS, auch außerhalb Göttingens und seines Umlandes, was bisher von der Verwaltungsspitze, SPD, CDU und Grünen blockiert wurde. Leider gelang es bisher trotz einer starken Elterninitiative nicht, anstelle der auslaufenden katholischen IGS, eine öffentliche IGS zu etablieren. Im kommenden Jahr soll es dann wieder Initiativen auch für Gesamtschulen im Bereich Münden und im Altkreis Osterode geben.
- Unser Einsatz für Arbeitnehmerrechte. Dies betrifft vor allem Beschäftigte von „ausgelagerten“ Bereichen des Landkreises wie der Kreismusikschule oder der GAB, denen die Tarifbedingungen des öffentlichen Dienstes verweigert werden. Ein Erfolg ist es, dass in diesem Jahr die Reinigungskräfte nicht mehr in die niedrigste Entgeltgruppe (EG 1), sondern in EG 2 eingruppiert werden.
- Unser Einsatz für Erwerbslose und Hartz-IV-Berechtigte. Dabei sind vor allem die Mieterstättungen (Kosten der Unterkunft) ein besonderer Dauerbrenner. (vgl. Presseerklärung S. 8) Eine weitere Initiative betraf die Schaffung öffentlich finanzierter Beschäftigung, insbesondere für erwerbslose Eltern. Im kommenden Jahr soll es um weitere Initiativen für die 16.000 von Kinderarmut betroffenen und bedrohten Kinder und Jugendlichen gehen.

Als Schwerpunkt für das kommende Jahr kommt die Durchsetzung von mehr Bürgerbeteiligung hinzu. Neben dem Zugang zu modernen Medien sollen auch Instrumente genutzt werden, die Mitwirkung der Bevölkerung stärken. Beispielhaft sind folgende Initiativen:

- Die Einführung eines Jugendparlamentes wie es in zahlreichen Kommunen existiert und bereits auf verschiedenen Veranstaltungen der Jugendverbände diskutiert wird. So gibt es dies im hessischen Vogelsbergkreis schon zwanzig Jahre mit einem Antragsrecht für Kreistagssitzungen.
- Ab dem Jahr 2019 soll es einen Bürgerhaushalt, also eine umfassende Beteiligung von Bürger(innen) an den Haushaltsberatungen geben. Dazu muss der Haushalt transparent gestaltet werden. Über die Vorschläge der Bürger muss der Kreistag beraten. Dies wird weltweit in zahlreichen Kommunen praktiziert.

Fragen bezogen sich auch auf die Durchsuchung der Wohnung des Kreistagsabgeordneten der Piraten Mohan Ramaswamy und auf die Polizeigewalt gegen seinen Sohn bei der Demonstration gegen die Hausdurchsuchungen am 9. Dezember. Sehr informativ ist hier ein Bericht von goest.de

#### Ausschnitte aus Bericht von goest.de zur Hausdurchsuchung:

*Eine weitere Durchsuchung fand in einem Haus statt, vor dem sich bereits Nazis des sogenannten „Freundeskreises“ dieses Jahr versammelt hatten, um die darin wohnende Familie eines Kreistagsabgeordneten zu bedrohen. Damals kam die Polizei nicht, obwohl die Wohnungsinhaber sie um Hilfe gebeten hatten. Diesmal kamen die Polizist\*innen unerwartet, drohten durch Schläge gegen eine Glas-tür diese zu zerstören und drangen mit 25 Beamten in die Wohnung ein, [...] Sie durchsuchten Wohn- und Arbeitsräume und das Auto, [...] Der Durchsuchungs-*

*befehl bezog sich ausschließlich auf die Ehefrau des Abgeordneten, der jedoch nur die pure Teilnahme an der G20 Demo vorgeworfen werden könnte. Von ihr wurde aber lediglich das Handy beschlagnahmt, von dem Kreistagsabgeordneten hingegen wurden sämtliche Festplatten, Computer, Sticks, Speichermedien mitgenommen. Eine 92jährige Tante der Familie wurde in der Wohnung von der Polizei ebenfalls erschreckt.*

#### Mitarbeiterin der Ausländerbehörde begleitet Polizei als „Zeugin“

*Der Kreistagsabgeordnete Ramaswamy setzt sich bekanntermaßen für die Rechte und den Schutz von Flüchtlingen ein. Während der Hausdurchsuchung beim nicht beschuldigten Kreistagsabgeordneten Ramaswamy wurde nun die Polizei von einer „neutralen Zeugin“ begleitet, die als Mitarbeiterin in der Ausländerbehörde des Landkreises tätig ist. Da der leitende Polizist diese Zeugin duzte, schien auch noch eine persönliche Bekanntschaft zwischen „neutraler Zeugin“ und Exekutive vorzuliegen.*

#### Vertrauliche/Nichtöffentliche Unterlagen des Kreistags beschlagnahmt

*Desweiteren ist es reichlich problematisch, dass sämtliche Daten und Unterlagen eines Kreistagsabgeordneten beschlagnahmt und zur Auswertung abtransportiert wurden, wobei auch Informationen aus nicht-öffentlichen Sitzungen des Kreistages mitgenommen wurden. Ein Hinweis auf diese Tatsache im Beisein einer Rechtsanwältin gegenüber der Polizei wurde laut Aussage von Ramaswamy von dem verantwortlichen Beamten mit „Das interessiert mich nicht“ beantwortet.*

*Die Kreistagsgruppe DieLinke/Piraten/Partei + nahm diese Umstände am 7.12.17 zum Anlass für eine Anfrage an Landrat Reuter, in der sie u.a. fragt, warum ausgerechnet eine Mitarbeiterin der Ausländerbehörde bei der Durchsuchung der Wohnung dabei sein sollte und wie der Landrat dazu steht, dass vertrauliche Unterlagen aus der Kreistagsarbeit von der Polizei beschlagnahmt wurden.*

(Weitere Informationen S. 1)

Ergreif Partei für eine bessere Politik! **DIE LINKE.**  
**Mitglied werden**

Wähler\*innengemeinschaft

**Göttinger Linke**

Achtung, neuer e-Mail-Kontakt:  
[sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de](mailto:sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de)

Presseerklärung

## 🔊 Solidarität mit Anette und Meinhardt Ramaswamy

**Das Vorgehen der Polizeiführung gegen Anette und Meinhardt Ramaswamy und Mieter im Roten Zentrum ist völlig inakzeptabel**

Es ist grotesk, Anette Ramaswamy mit gewalttätigen Aktionen oder gewaltbegünstigenden Aktivitäten anlässlich der G20-Demonstrationen in Hamburg in Verbindung zu bringen. Wer die in der Friedensbewegung und der Anti-Atominitiative aktive Göttingerin kennt, bewundert ihr Engagement, ihre Öffentlichkeitsarbeit und ihre durch und durch humanistische, friedliche Weltanschauung und Haltung. Wer nicht gedankenlos alle Ungerechtigkeiten, die vielen Vergehen gegen Umwelt, Natur und insbesondere auch gegen die uns nachfolgenden Generationen hinnimmt, der wird sich immer wieder mit Anette Ramaswamy auf Mahnwachen und Demonstrationen treffen. Das ist es aber anscheinend, was sie einigen vermeintlichen „Staatschützern“ und rechten Akteuren suspekt macht und ihre überzogenen, teilweise wütenden und hasserfüllten Reaktionen auf sich zieht.

Vor fast einem Jahr waren es Neonazis, die ihre Familie bedrohten und vor ihrem Haus randalierten. Damals mussten sie lange auf den erbetenen Schutz durch die Polizei warten. Heute nun dringt die Polizei in aller Frühe ohne jede Vorwarnung selbst in die Wohnung der Familie ein und verbreitet Angst und Schrecken mit ihrem martialischen Aussehen und Vorgehen. Es

werden Datenträger beschlagnahmt, die dem Kreistagsabgeordneten Meinhardt Ramaswamy gehören, der nachweislich nie in Hamburg zu den G20-Demonstrationen war. Dem der Rat in einer Resolution noch seine Solidarität zum Ausdruck gebracht hat. Heute ist es Anette Ramaswamy, die mit Recht von einigen Bürger\*innen für den Zivil-Courage-Preis vorgeschlagen wird, gegen die ungerechtfertigt und völlig überzogen von Staatsorganen vorgegangen wird. Es ist absurd, den Vorwurf zu konstruieren, dass sie bei ihrer Teilnahme an den G20-Demonstrationen - wie tausende anderer Demonstranten\*innen -erkennungsdienstlich behandelt wurde. Es ist nur noch rein martialisches Verhalten, Eingangs- und Wohnungstüren brachial aufzubrechen und dabei auch noch Bewohner zu verletzen. Da kann man nur hoffen und dafür arbeiten, dass mit diesem Vorgehen das Ziel der Polizeioberen und selbsternannten Staatschützer Menschen einzuschüchtern und von ihrem Demonstrationsrecht abzuhalten nicht aufgeht. Sondern das genaue Gegenteil erfolgt, indem sich noch mehr Menschen in Göttingen gegen Willkür und Machtmissbrauch stellen und sich mit Anette und Meinhardt Ramaswamy solidarisieren. Ich fühle mich an ihrer Seite.

Presseerklärung von Gerd Nier (Anmelder der Demonstration) und Pastor Thomas Harms

## 🔊 Erklärung zur Demonstration am 05.12. gegen die Hausdurchsuchungen

Es mögen 600 bis 700 Bürger\*innen gewesen sein, die gestern weitgehend friedlich an der Demonstration gegen die Hausdurchsuchungen und Übergriffe der Polizei am Dienstag, den 05.12. demonstrierten. Leider war auch diesmal das Verhalten der Polizeiführung in einigen Situationen nicht gerade deeskalierend.

Besonders betroffen macht, dass ein junger Mensch, der als Ordner fungierte von der Polizei herausgegriffen und verletzt wurde. Gerade dieser junge Mann wirkte federführend dabei mit, dass sich die in einigen Situationen hochkochenden Emotionen im Demonstrationszug wieder beruhigten. So half er z.B. mit, dass der Demonstrationszug

auf der vorgegebenen Route blieb und nicht, wie einige Demonstranten wollten, in die Gotmarstraße, Richtung Weihnachtsmarkt abbog. Auch in der Roten Straße versuchte er nach Absprache mit dem Demonstrationsanmelder zu vermitteln. Er wollte die Polizei bitten, an dem Ort einer Zwischenkundgebung etwas mehr Abstand von der Spitze des Demonstrationszuges zu halten. Dass ausgerechnet er von der Polizei herausgegriffen und nach Augenzeugenberichten verletzt und anschließend in Polizeigewahrsam genommen wurde, erschüttert uns deutlich. Diese unnötige und martialische Aktion der Polizei hätte den bis dahin weitgehend friedlichen Verlauf der Demonstration fast

## Kontakte:

**Wähler\*innengemeinschaft  
Göttinger Linke**

Rotes Zentrum,  
 Lange Geismarstraße 2  
 37073 Göttingen  
[www.goettinger-linke.de](http://www.goettinger-linke.de)  
 E-Mail: [sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de](mailto:sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de)

**SprecherInnenkreis:**  
 Thomas Bahrs, Dietmar Reitemeyer,  
 Bärbel Safieh, Dr. Christian Schüler,  
 Dr. Peter Strathmann, Stephan Wolf

**Kassierer:**  
 Gunnar Siebecke

**Fraktion Göttinger Linke  
 im Rat der Stadt Göttingen**  
 Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)  
 Hiroshimaplatz 1-4  
 37083 Göttingen  
 Telefon: 0551- 400 2347  
[GoeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de](mailto:GoeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de)

**Fraktionsmitarbeiter:**  
 Udo Trost

**Öffnungszeiten des Büros:**  
 Mo. 09:00 – 12:30 Uhr  
 Mi. 14:00 – 17:00 Uhr  
 Do. 13:00 – 17:00 Uhr

**Fraktionssitzung:**  
 Mittwoch 17.00 Uhr (öffentlich)

**Mandatsträger:**  
 Gerd Nier (Fraktionsvorsitzender)  
 Rolf Ralle  
 Edgar Schu

## Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

**Nächstes Thema: Quo vadis, Stadtwerke?**  
 Termin steht noch nicht fest

## Grünkohlessen der Göttinger Linke

**Mittwoch, 10. Januar 2018, 19.00 Uhr  
 Naturfreundehaus Hagenberg**

**Es kocht der Sprecher\*innenkreis  
 Anmeldungen (mit/ohne totes Tier) bis  
 spätestens 7. Januar unter:  
[sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de](mailto:sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de)  
 (siehe auch Seite 12)**

noch zum Kippen gebracht. Wir sind froh darüber, dass sich die Besonnenheit bei den Demonstrationsteilnehmer\*innen durchgesetzt hat und es zu keiner wirklich gewalttätigen Auseinandersetzung in der Roten Straße und am Wendenplatz kam. Wir hoffen und wünschen, dass die Verletzungen des uns als verantwortungsvoll und vernünftig handelnden jungen Mannes nicht ernsthafter sind und er keine gesundheitlichen Schädigungen davon trägt.

**Rede von Gerd Nier in der Ratssitzung am 15.12.2017 zum geplanten BioWärmeZentrum**

Ich bin, wie vermutlich einige hier in unseren Reihen weder ein Experte für Pyrolyseverfahren, noch für Forstwirtschaft. Ich habe auch wenig Erfahrungen in Ausschreibungs- und Vergabeverfahren und im Patentrecht. Ich werde mich deshalb in die wissenschaftliche und juristische Diskussion nicht ernsthaft einlassen und mich möglicherweise mit Pseudowissen aufs Glatteis begeben. Die wissenschaftliche Diskussion überlasse ich dann doch lieber Experten, wie den Professoren Bertram, Grönefeld und Joos und Dr. Buss. Diese vier in Göttingen lebenden Wissenschaftler haben sich mittlerweile zusammengefunden, weil sie teilweise erhebliche Bedenken und Zweifel an dem Projekt BioEnergieZentrum mitten in unserer Stadt haben. Sie arbeiten zurzeit an einer gemeinsamen wissenschaftlichen Stellungnahme zu dem geplanten Projekt und wir hoffen, dass wir ihre Erkenntnisse, ihr Wissen und ihre möglichen Bedenken demnächst in den Händen halten und diskutieren können. Soviel wissen wir aber auch jetzt schon: sie möchten ihre Bedenken gegenüber Feinstaubemissionen insbesondere im Nano-Bereich geklärt haben. Sie möchten, dass eine wirkliche Risikoeinschätzung der Pilotanlage erstellt und vorgelegt wird. Sie möchten mehr darüber wissen, wie mit den anfallenden Aschen verfahren wird. Ich kann und möchte hier, wie gesagt nicht die vielen weiteren Fragen im Einzelnen aufzählen, die bisher schon auch von weiteren Personen an uns herangetragen wurden, weil ich sie im Einzelnen gar nicht alle selbst gewichten und beurteilen kann. Wir haben diese Fragen aber zumindest zu großen Teilen an unsere Stadtwerke weitergeleitet. Da wir aber im Zusammenhang einer für heute geplanten Transaktion im nicht öffentlichen Teil der Ratssitzung präjudizierend tätig werden sollen, wollen und müssen wir hier zumindest unsere übergreifenden Bedenken gegenüber dem geplanten Projekt öffentlich ansprechen.

Vorweg: Wir haben absolut nichts gegen die Unterstützung unserer Stadtwerke einzuwenden, im Gegenteil, sie sind uns allemal wichtiger als jeder private Investor. Wir haben auch nichts gegen die Sanierung oder Erneuerung eines als überfällig beschriebenen Heizkraftwerkes. Stutzig gemacht hat uns erst der Begriff "Pilotprojekt" was nach unserem Verständnis ja nichts anderes als "Versuchsprojekt" heißt. Und als, dann anders als geplant, die ersten öffentlichen Fragen und kritischen Anmerkungen zu dem Projekt auftauchten, haben wir die von uns im Anfangsstadium als unproblematisch angesehene Transaktion zwischen Stadt und Stadtwerken näher überdacht. Solange die von den Wissenschaftlern, aber auch Technikern und Juristen aufgeworfenen Fragen nicht nachvollziehbar, verständlich und möglichst vollständig beantwortet sind, so lange werden wir uns an einer abschließenden Entscheidung Pro oder Kontra des Pilotprojektes nicht beteiligen. Da hilft uns auch der wiederholte Hinweis nicht, mit dieser neuen Anlage würden erhebliche Mengen an CO2 Emissionen verhindert und wir würden damit einen wesentlichen Beitrag zum Masterplan 100% Klimaschutz leisten. Wenn es nur um die CO2-Emissionen ginge dann könnten wir auch alle AKWs wieder hochfahren, die ja bekanntlich auch keinen CO2-Ausstoß verursachen.. Aber jeder von uns kennt mittlerweile die anderen Risiken und unbewältigten Probleme, die mit dieser Technologie verbunden sind. Solange für uns die Unbedenklichkeit und Ungefährlichkeit der geplanten Holzvergasung, die Verwertung der Aschen, vergaberechtliche und Haftungsfragen z.B. nicht geklärt sind, solange eine gesundheitliche Gefährdung der Bevölkerung nicht zweifelsfrei auszuschließen ist, solange können wir diesem Projekt nicht mit gutem Gewissen zustimmen. Uns wundert bei der bisherigen Diskussion insbesondere die Haltung der Grünen. Bei Glyphosat, bei dem Einsatz von Antibiotika in der Tiermast u.ä. fordern sie mit Recht endlich die Umkehr der Nachweis- und Beweispflicht einer möglichen Schädigung zugunsten des Präventionsprinzips. In diesem Falle wollen sie aber fast ausschließlich mit Verweis auf den Masterplan Klimaschutz eine Anlage durchsetzen, die zumindest von einigen Wissenschaftlern, aber auch aus Teilen der Bevölkerung noch deutlich hinterfragt wird. Wir bitten Sie dringend darum, heute keinen Beschluss zu Gunsten des geplanten BioEnergieZentrums zu fassen. Lassen sie uns noch einmal das Gespräch mit den Wissenschaftlern und der Öffentlichkeit suchen und die Argumente sowohl der Befürworter als auch Kritiker abwägen. Lassen sie uns das offensichtlich von Offenbach nach Göttingen transferierte Paket noch etwas mehr auspacken. Uns würde nämlich schon interessieren, warum sich Offenbach das uns als so lukrativ geschildertes Geschäft entgehen lässt. Wir haben an dem am Montag anberaumten zweistündigen Gespräch und der angekündigten Akteneinsicht von drei Aktenordner nicht nur aus Krankheitsgründen nicht teilgenommen, sondern insbesondere deshalb, weil uns die Hinzuziehung eines Begleiters als beratenden Experten nicht gestattet wurde. Wir sind Feierabendpolitiker, wir sind keine Generalisten für alle Bereiche des öffentlichen Lebens und wir haben keinen wissenschaftlichen Dienst, wie Bundestagsabgeordnete, sondern wir sind immer wieder bei unseren Entscheidungen auf den fachlichen Rat von Bürger\*innen und Expertinnen angewiesen, die uns unentgeltlich informieren, beraten und zur Seite stehen. In dieser Angelegenheit plädieren wir für eine Prüfung der uns demnächst vorliegenden Expertise der genannten Göttinger Wissenschaftler und ein diesmal breit angekündigtes öffentliches Hearing. Es drängt uns niemand jetzt möglicherweise eine mit knapper Mehrheit gefasste Entscheidung für das Projekt treffen.

**Kontaktaten**

**Fraktion Göttinger Linke  
im Rat der Stadt Göttingen**  
Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)  
Hiroshimaplatz 1-4  
37083 Göttingen  
Telefon: 0551- 400 2347  
[goeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de](mailto:goeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de)

**Fraktionsmitarbeiter:**  
Udo Trost

**Öffnungszeiten des Büros:**  
Mo: 9:00 – 12:30 Uhr  
Mi: 14:00 – 17:00 Uhr  
Do: 13:00 – 17:00 Uhr

## ► Bericht über die Ordentliche Mitgliederversammlung der GöLinke

Nach turbulenten Jahren nun endlich ohne große interne Konflikte trafen sich die Mitglieder der Wähler\*innengemeinschaft Göttinger Linke am 20. November im Rote-Hilfe-Saal zu der diesjährigen ordentlichen Mitgliederversammlung in sachorientierter Stimmung. Die Sitzungsleitung hatte Stephan Wolf; das Protokoll führte Bärbel Safieh. Themen waren die Rechenschaftsberichte des Sprecher\*innenkreises (siehe auch Göttinger Blätter vom Dezember 17) und des Schatzmeisters sowie deren Entlastung und vornehmlich die konkrete kommunalpolitische Praxis des letzten Jahres.

Gerd Nier berichtete über die Arbeit der Göttinger Ratsfraktion. Hervorgehoben wurde die immerhin angestoßene Debatte um mögliche Ausschüttungen der Sparkasse Göttingen an die Kommunalen Haushalte sowie der Komplex um Flüchtlingsunterbringung und Wohnen; hier konnte eine 30%ige Sozialquote bei allen Bauvorhaben über 10 Wohnungen in die Diskussion eingebracht werden.

Unmittelbar benachbart waren die Themen der Arbeit im Ortsrat Grone, über die Hendrik Falkenberg berichtete: Bushaltestelle Siekhöhe (auch Thema im Stadtrat), Überdachung von Haltestellen, Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund in Groner Grundschulen und insbesondere die Mietpreisentwicklung. Positiv wurde festgestellt, dass in Grone mit GROBIAN eine Basisorganisation besteht, die die Arbeit im Ortsrat unterstützen und flankieren kann, ein Vorteil über den der entschuldigte Thomas Bredy im Ortsrat Geismar nicht verfügt.

Ebenfalls ohne organisatorischen Unterbau sitzt das mittlerweile parteilose Mitglied der Göttinger Linken Michael Kaufmann in einer ansonsten unorganisierten Fraktion im Stadtrat von Hann.-Münden. Er berichtete über die exponierte Rolle des Stadtmarketings und starke „Verklüngelung“ kommunalpolitischer und wirtschaftlicher Strukturen. Die Zusammenarbeit mit der Wähler\*innengemeinschaft soll intensiviert werden.

Weiter berichteten Dietmar Reitemeyer aus den GöVB, Tom Oesterreich aus der GWG, Hendrik Falkenberg aus dem Sparkassen-Zweckverband und Edgar Schu aus der GöSF.

In der Diskussion über die Berichte wurde insbesondere auf die Bedeutung der Wohnungspolitik hingewiesen. Weiter wurde vorgeschlagen, in anderen Stadtteilen zu denen in Grone analoge Basisstrukturen der Wähler\*innengemeinschaft aufzubauen.

Neben einer Satzungsänderung, die die juristische Außenvertretung der Wähler\*innengemeinschaft erleichtern soll (Klärung der Frage der Zeichnungsberechtigten), bekräftigte die Versammlung nochmals den bereits vor einem Jahr gefällten Beschluss, auf die Gründung eines Trägervereins für ein Rotes Zentrum zu orientieren. Ein Kreis von GöLinke-Mitgliedern wurde nun beauftragt, dies endlich in die Hand zu nehmen – ein erster Termin dieses Initiativ-Kreises wurde bereits am Abend verabredet. Deutlicher kann Bedeutung und Vitalität der Wähler\*innengemeinschaft nicht zum Ausdruck kommen, als an diesem Abend.

pst

## ► Verein „Rotes Zentrum Göttingen“ vor Gründung

Die Verhältnisse um das Rote Zentrum bedürfen, da sind sich alle Nutzergruppen einig, einer Verbesserung. Es gibt drei mögliche Szenarien, die den Status Quo verbessern: Die Wiedererlangung der Gesamtnutzung des Hauses Lange Geismar 2, die Anmietung neuer Räumlichkeiten oder gar den Ankauf solcher.

In den Diskussionen der zusammengeführten Nutzergruppen des Roten Zentrums hat sich eine Zielvorstellung herausgebildet, die Verwaltung und Nutzung für alle Beteiligten einfacher und transparenter machen wird: Die Gründung eines Nutzungsvereines, der gegenüber Vermieter oder Verkäufer als eine Person gegenübertritt, andererseits die Regelung der Interessen der Gruppen, die das Zentrum nutzen, organisieren soll. Mitglieder können als juristische Personen die Gruppen werden, die bisher das RZ nutzen, sowie



Einzelpersonen, denen der Erhalt dieser Struktur am Herzen liegt. Alle offenen Fragen könnten auf Mitgliederversammlungen des Vereins entschieden werden, kleinere Organisationsprobleme könnten direkt angegangen werden.

Da die Göttinger Linke auf ihrer letzten Mitgliederversammlung am 20. November nochmals betont hat, wie wichtig ihr eine solche Regelung ist, betrachten wir dies als Auftrag für den notwendigen ersten praktischen Schritt. Auf einem ersten Treffen wurde beschlossen, alle Gruppen anzusprechen, ob sie Gründungsmitglieder stellen wollen. Für die erste Phase der vielen Formalitäten wäre dies wünschens-

wert, ist jedoch nicht unabdingbar, da inhaltliche Regelungen und Entscheidungen erst in einer späteren Phase getroffen werden müssen und können – dort ist nun freilich die Beteiligung aller Strukturen, die Interesse an einem Roten Zentrum haben, unverzichtbar!

stw/pst.

### Grünkohlessen der Göttinger Linke



**Mittwoch, 10. Januar 2018, 19.00 Uhr**  
Naturfreundehaus Hagenberg

Es kocht der Sprecher\*innenkreis

Anmeldungen (mit/ohne totes Tier) bis spätestens 7. Januar unter:  
[sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de](mailto:sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de)